



Medialer Service public: Wie viele Livediskussionen zur Politik werden künftig noch möglich sein? Foto: Alessandro della Valle (Keystone)

## Zahlreiche Kantone kritisieren die geplante Gebührensenkung

**Weniger Geld für die SRG** Nur noch 300 Franken für Radio und Fernsehen: Aus manchen Regionen kommt deutlicher Widerstand gegen die Sparpläne.



## Jacqueline Büchi

Das Schreiben kommt aus dem Kanton Thurgau, wo der Wähleranteil der SVP so hoch ist wie in fast keinem anderen Kanton: Eine Kürzung der Radio- und TV-Abgabe auf 300 Franken hätte «weitreichende und schwer vorhersehbare Folgen für die SRG», schreibt die Kantonsregierung an die Adresse von SVP-Bundesrat Albert Rösti. Gezeichnet ist der Brief von Regierungspräsident Urs Martin, einem Parteikollegen Röstis.

Der Bundesrat will die Radio- und TV-Gebühr in Etappen von 335 auf 300 Franken jährlich senken – um so der schärferen Halbierungsinitiative etwas entgegenzusetzen. Politiker der SVP und der Jungfreisinnigen haben das Volksbegehren im letzten August eingereicht. Heute läuft die Vernehmlassungsfrist zu Röstis Vorschlag ab.

## Vielfältige Kritik

Für die Thurgauer Regierung ist klar, dass die SRG ihren Leistungsauftrag «nicht mehr erfüllen» kann, wenn ihr weitere Mittel gestrichen werden. Schon heute erhalte der Thurgau medial relativ wenig Aufmerksamkeit. Dabei sei es in einer Demokratie unerlässlich, dass sich die Menschen informieren könnten.

Auch weitere Kantone üben Kritik. Der dreisprachige Kanton Graubünden argumentiert, eine Entlastung um 35 Franken sei für den einzelnen Haushalt kaum spürbar, die negativen Auswirkungen für den Service public seien jedoch massiv. Basel-Stadt kritisiert neben den gesellschaftlichen Folgen auch das Vorgehen des Bundesrats. Dieser habe die Notwendigkeit des Schritts «un-

genügend gut begründet». Uri erinnert an die Sparmassnahmen in der privaten Medienlandschaft. Gerade in ländlichen Regionen sei es «eine Illusion, zu glauben, dass ein Abbau bei der SRG durch andere Anbieter kompensiert werden könnte». Ähnliche Vorbehalte äussern zahlreiche Kantone, insbesondere in der Romandie. Kurz vor Ablauf der Frist sind noch nicht alle Antworten öffentlich. Befürwortende und ablehnende Kantone scheinen sich aber ungefähr die Waage zu halten.

Viele Kantonsregierungen haben Antworten verfasst, die sich

**«Derzeit hat jeder das Gefühl, man könne schmerzfrei hier und dort noch ein paar Abstriche machen.»**

## Martin Candinas

Bündner Mitte-Nationalrat mit «Ja, aber» zusammenfassen lassen. Luzern hält den Schritt für «vertretbar», mahnt jedoch, finanzielle Kürzungen hätten «mit Bedacht zu erfolgen», um die Qualität des medialen Service public nicht zu gefährden. Die Aargauer Regierung stimmt dem Vorschlag zu, wünscht sich aber eine übergeordnete medienpolitische Gesamtstrategie (eine solche sei bis anhin «nicht erkennbar»).

## Regionale Berichterstattung

St. Gallen betont, es sei zentral, dass die regionale Berichterstattung keine Kürzungen erfahre. Ähnlich klingt es in Genf, wo der Staatsrat Röstis Pläne als «akzep-

tablen Kompromiss» würdigt – für einen Westschweizer Kanton eine bemerkenswerte Haltung, profitiert die französischsprachige Minderheit doch überproportional von den SRG-Leistungen.

Ein Ja mit Ausrufezeichen kommt derweil aus Zug. Der Kanton befürwortet die Gebührensenkung nicht nur, sondern spricht sich dafür aus, diese «deutlich früher zu vollziehen» als geplant.

Technisch gesehen könnte der Bundesrat die Antworten nun einfach in der Schublade verschwinden lassen. Denn er will die Gebühr auf dem Verordnungsweg senken – dafür braucht er formell weder die Zustimmung des Parlaments noch jene der Bevölkerung.

Doch gerade im Hinblick auf die Debatte zur Halbierungsinitiative sind die Positionsbezüge aufschlussreich. Mit Spannung wird erwartet, wie sich die Parteien im politischen Zentrum positionieren.

Die Mitte-Partei gilt traditionell als SRG-nah, ihr Präsident Gerhard Pfister fällt aber immer wieder mit Kritik am Medienhaus auf. Die Stellungnahme der Partei war am Tag vor Ablauf der Vernehmlassungsfrist noch nicht verfügbar. Gespräche zeigen, dass die Vorlage innerparteilich umstritten ist. Zu den Befürwortern einer starken SRG gehört der Bündner Nationalrat Martin Candinas. Er sagt: «Derzeit hat jeder das Gefühl, man könne schmerzfrei hier und dort noch ein paar Abstriche machen.» Dabei gehe schnell vergessen, dass dadurch das flächendeckende Angebot der SRG in allen vier Landessprachen hochgradig gefährdet werde.

## Veränderter Medienkonsum

Für Candinas ist ein SRG-Abbau,



der am Parlament vorbeiläuft, demokratiepolitisch bedenklich. Er hat deshalb beantragt, dass die nationalrätliche Medienkommission das Thema in einer der nächsten Sitzungen aufnimmt. Er sagt: «Wir müssen die Ergebnisse der Vernehmlassung diskutieren. Wenn die Abgabe gesenkt wird, muss dies im Sinne eines breit abgestützten Gegenvorschlags erfolgen – und nicht einfach so nebenher.»

Die FDP befürwortet die Gebührensenkung für Privathaushalte unter anderem mit Verweis auf den veränderten Medienkonsum. Die Partei fordert zudem, dass alle Unternehmen von der Abgabe befreit werden – und nicht nur rund 80 Prozent, wie es Röstis Pläne vorsehen.

Der Bundesrat wird voraussichtlich vor den Sommerferien seine Botschaft zur Halbierungsinitiative ans Parlament überweisen. Denkbar ist, dass National- und Ständerat danach einen Gegenvorschlag auf Gesetzesebene ausarbeiten, der weiter geht als der Plan des Bundesrats.